

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	40 (1948)
Heft:	6
Rubrik:	Vom Redaktor notiert...

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In der gleichen Periode sind die indirekten Steuern um fast 200 Prozent erhöht worden; aber sie treffen nicht Nahrungsmittel und unentbehrliche Bedarfsartikel, wohl aber Bier, Weine, sonstige alkoholische Getränke, Tabak und viele Waren, die dem Komfort dienen, aber in einer Notzeit, wie sie England jetzt durchlebt, als nicht unbedingt notwendig angesehen werden können.

Der englische Gewerkschaftsbund wird an der eingeschlagenen Politik festhalten, die die Lebensgrundlagen des englischen Volkes sichern, die Inflationsgefahr fortgesetzt bekämpfen, aber eine einseitige Belastung der schaffenden Menschen nicht zulassen wird. Die Erhöhung des Lebensstandards war längst fällig, und die Gewerkschaften werden sie gemeinsam mit der Regierung gegen die Angriffe des kapitalistischen Unternehmertums verteidigen.

K. F. Bieligg.

Vom Redaktor notiert . . .

Dass der Beschluss des grossen Ausschusses des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum Marshallplan der schweizerischen Kominformfiliale nicht behagen werde, war zu erwarten. Mit sehr sauersüsser Miene gibt der Basler «Vorwärts» seinen Lesern davon Kenntnis. Dass er dabei zu sehr gekünstelten Interpretationen und zur Fälschung der Abstimmungszahlen greift, ist ja nichts Neues. Unter dem Titel «Auch im Gewerkschaftsbund dringen die hundertprozentigen Marshallplanisten nicht durch» behauptet er, der Passus des Resolutionsentwurfes, in dem von der Feststellung der Internationalen Gewerkschaftskonferenz Kenntnis genommen werden sollte, dass die amerikanische Hilfe nicht von Bedingungen abhängig gemacht werde, die mit dem Grundsatz der staatlichen Souveränität unvereinbar wären, sei mit 28 gegen 17 Stimmen gestrichen worden. Tatsache ist, dass Präsidium und Referent der Beibehaltung dieses Passus keine grosse Bedeutung beigemessen haben. Sie erklärten, an der von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz festgehaltenen Tatsache ändere weder die Streichung noch die Beibehaltung etwas. In der trotzdem durchgeföhrten Abstimmung sind für die Streichung des Passus 22 (nicht 28) und für dessen Beibehaltung 18 (nicht 17) Stimmen abgegeben worden. Aber auf ein paar Zuschläge da und einen Abschlag dort kommt es dem «Vorwärts» natürlich nicht an. Die knappe Mehrheit für Streichung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Mitglieder des Gewerkschaftsausschusses der Meinung waren, es bestehe keine genügende Garantie dafür, dass auch in Zukunft nicht etwa Versuche zur Auferlegung politischer Bedingungen gemacht würden. Dabei ist die Feststellung des Präsidenten, dass wirtschaftliche Planung ohne Einschränkung der Souveränität der Einzelstaaten unmöglich sei, natürlich unwidersprochen geblieben. Den Patentmarxisten der PdA sollte man diese Binsenwahrheit allerdings nicht noch besonders lehren müssen. Warum verschweigt übrigens der «Vorwärts» schamhaft das Ergebnis der Gesamtabstimmung über die Resolution? Wohl weil ihm dieses weniger angenehm ist, als die Abstimmung über einen nebensächlichen Passus. Der positive Beschluss zum Marshallplan ist vom Gewerkschaftsausschuss mit 50 gegen 5 Stimmen gefasst worden.